

Rudolf Hickel

Die Skandalbank Greensill – im Dienste eines aggressiven Finanzkonglomerats

Wer geglaubt haben sollte, nach der internationalen Finanzmarktkrise 2008/2009 seien durch wirksame staatliche Regulierungen und Kontrolle die Finanzmärkte gegen hoch-riskante Geschäftsmodelle mit gezielter Intransparenz und Bilanzmanipulationen gestoppt worden, sieht sich eines Schlechteren belehrt. Dafür stehen die CumEx-Geschäfte, bei denen auch durch den Einsatz von Banken mit manipulierten Dividenden der Staat um Steuern betrogen worden ist, sowie die unvorstellbaren Bilanzfälschungen von Wirecard. Der jüngste Fall ist die Insolvenz der Greensill Bank in Bremen. Von der Öffentlichkeit kaum bemerkt, konnte diese Bank ein großes Rad innerhalb eines weltweit agierenden Finanzkonglomerats mehr oder weniger unter dem Radar der Regulierung und der Finanzmarktaufsicht betreiben. Wie konnte es zu diesem Bankenskandal kommen und was sind die alten und neuen Lehren, die zur Stärkung der gesetzlich gesicherten Stabilität des Bankensystems zu ziehen sind?

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin): Für den Greensill Bank-Skandal nicht allein verantwortlich

Nach dem Absturz der Greensill Bank und der Insolvenzeröffnung am 16.3.2021 ist der Vorwurf nicht nur aus der Politik laut geworden, die BaFin habe nach Wirecard wieder einmal versagt. Eine faktenfundierte Rekonstruktion der BaFin-Aktivitäten legt jedoch nicht nur die Schwierigkeiten der Finanzaufsicht, sondern die Schwächen der aktuellen gesetzlichen Regulierung der Banken offen:

1. Die BaFin hat zu spät und dann anfangs zu zögerlich reagiert. Jedoch sind ab der angeordneten Sonderprüfung im Juni 2020 alle ihr verfügbaren Mittel genutzt worden, die Risiken der Bank aufzuklären und entsprechend zu reagieren.

Die wichtigsten Etappen der BaFin-Aktivitäten sind:

Ab Juni 2019 Sonderprüfung (Stichprobe 100 Kredite); ab Juli Einrichtung einer speziellen Task Force mit einer forensischen Sonderprüfung; am 3. März 2021 Moratorium durch Einnahmen- Ausgaben-Stopp; Anzeige wegen Bilanzfälschung gegen den Bankvorstand beim Amtsgericht Bremen, Anzeige gegenüber dem seit 2013 für den Jahresabschluss zuständigen Wirtschaftsprüfer Ebner Stolz; am 16. März Insolvenzantrag und der nachfolgende Einsatz des Insolvenzverwalters.

2. Der entscheidende Impuls, die Prüfung zu beschleunigen, kam von Whistleblowern, die im zweiten und dritten Quartal 2020 anonyme Hinweise zu Betrugsvorwürfen der BaFin mitteilten. Dadurch konnte im September die „forensische Sonderprüfung“ gestartet und nach allerdings schwieriger Suche die KPMG als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft eingesetzt werden. Zu Recht wird daher wieder einmal gefordert, die Rolle des Whistleblowings gesetzlich zu stärken.

3. Die BaFin stand vor dem Problem, trotz harter Verdächtigungen nur auf der Basis von überprüfbareren Fakten die Bank als insolvenz- gefährdet spezifizieren zu dürfen. Übrigens soll sich die Green Sill Bank bei der Überprüfung der Unterlagen nicht ausreichend kooperativ eingesetzt zu haben. Es durften selbst nach den sich erhärteten Verdachtsmomenten den Kunden, etwa den Kommunen, keine (vorläufige) Mitteilung der Insolvenzgefahren zu- gestellt werden. Deshalb haben einige Kommunen noch in dieser Phase weitere Einlagen- geschäfte realisiert.

4. Die BaFin war durch eine unzureichende Personalausstattung zum angemessenen Handeln nicht in der Lage. So mussten mangels eigener Ressourcen Prüfaufträge zeitaufwändig an externe Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vergeben werden.

5. Über die Mängel der BaFin hinaus zeigt sich trotz der Finanzmarktkrise 2008/2009 die unzureichende Regulierung der Finanzmärkte. Die Greensill Bank ist ein Brennglas für folgende Defizite: nicht ausreichende Risikokontrolle der Banken, versagende Wirtschafts-

prüfunternehmen, viel zu optimistische Ratings zu Banken, unzureichende Kreditversicherung, intransparente Plattformen für Einlagenangebote durch Banken.

Nach dem CumEx-Betrug mit Dividenden und dem Wirecard-Krimi macht ein neuer Fall die Runde. Die Greensill Bank in Bremen, die Hausbank im internationalen Finanzkonglomerat von Lex Greensill, zeigt erneut, wie nach der Finanzmarktkrise verschärfte Regulierung und Finanzaufsicht hochriskante alte und neue Geschäfte bis zum absehbaren Absturz dieses Finanzinstituts realisiert werden konnten. Nach dem Zusammenbruch der Muttergesellschaft Greensill Capital ist am 16. März 2021 dem Antrag auf Insolvenz durch die für das gesamte Finanzkonglomerat zuständige Greensill Bank vom Amtsgericht Bremen stattgegeben worden. Zum Insolvenzverwalter, der vor allem die den Gläubigern zustehenden Ansprüche regeln muss, wurde bereits Michael Frege wohl auch wegen seiner Erfahrungen bei der Abwicklung von Lehmann Brothers in Frankfurt eingesetzt worden. Schließlich hat die „Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin)“ den Entschädigungsfall für die Einleger, also die gesetzliche Zuweisung in der Regel bis zu 100.000 Euro pro Konto und Bank, mitgeteilt.

Vorausgegangen war am 3. März 2021 das durch die BaFin verhängte Moratorium. In diesem Zusammenhang wurde erstmals der Verdacht der gezielten Bilanzfälschung genannt. Ein sofortiges Verbot von Einzahlungen und Auszahlungen wurde ausgesprochen, um im Vorfeld der Insolvenz einen möglicherweise einsetzenden Run auf die Einlagen zu stoppen. Verbunden wurde das Moratorium mit einer Anzeige gegen die Bankvorstände bei der Staatsanwaltschaft Bremen wegen erdrückender Belege zu Bilanzmanipulationen. Vorgelagert war die im September 2020 gestartete nicht normale, sondern forensische Sonderprüfung der BaFin zu dem Vorwurf, dass „die Existenz bilanzieller Forderungen nicht zu erbringen ist“. Eine weitere Anzeige richtete sich gegen die seit dem Start 2013 für den Jahresabschluss dieses Bremer Instituts zuständige Gesellschaft *Ebener Stolz* durch die BaFin bei der Abschlussprüferaufsichtsstelle (APAS).

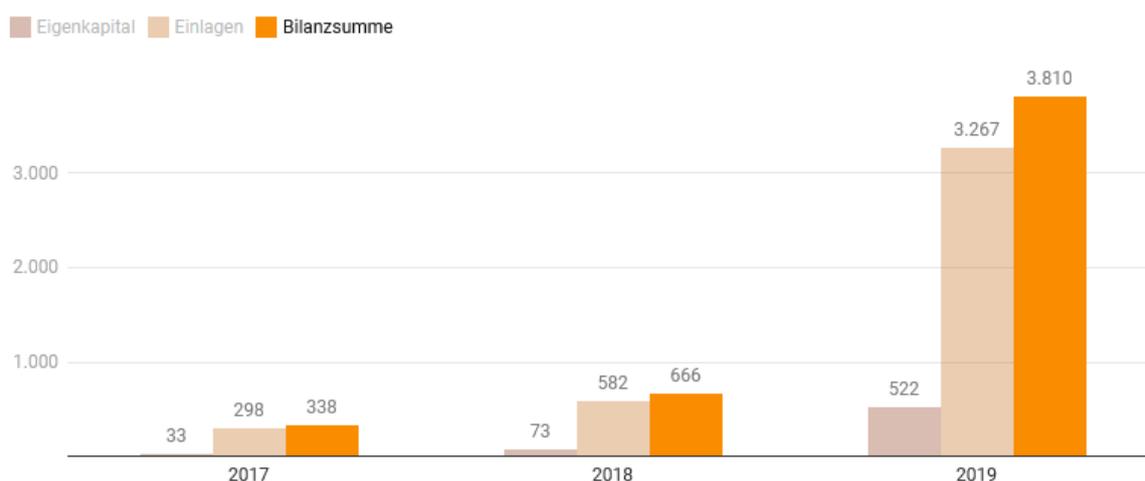
Bank als Erfüllungsgehilfin im oligarchischen Finanznetzwerk Greensills

Das für das Finanzsystem Greensills strategisch zentrale Finanzinstitut am provinziellen Bankenstandort Bremen führte viele Jahre ein „Mauerblümchen“-Dasein. Im aggressiven Wettbewerb um die privaten Kunden bei Einlagen von Tagesgeld und Festgeld, zu denen neben den Sparerinnen und Sparern auch über 50 Kommunen und drei Anstalten der ARD (NDR, SR, SFR) gehören, war die Kumulierung von Risiken des dahinterstehenden Geschäftsmodells kaum erkennbar. Typisch für die Bank ist, anstatt der persönlichen Kundenberatung, die Nutzung von Internetplattformen. So konnte diese Bank, in einem typischen Nachkriegs-Betonbau in der Martinistraße in Bremen untergebracht, als „graue Maus“ unauffällig expandieren. Der kometenhafte Anstieg der Einlagen über ein vergleichsweise günstiges Zinsangebot führte von 2017 auf 2019 zu mehr als einer Verzehnfachung der Bilanzsumme, die 2020 bei 4,5 Mrd. Euro lag. Diese zuerst schwer erklärbare Expansion zusammen mit dem Zweifel an der Werthaltigkeit der Kredite rief die ersten Skeptiker in der Bankenwelt und den Finanzjournalen wie die „Financial Times“ und die „Finanz-Szene.de“ auf den Plan.

Das große Rad wurde zuletzt mit ca. 140 Beschäftigten gedreht. Zusätzliches Personal, das zur Ausweitung der Geschäfte eingestellt werden musste, stand durch die Entlassungen bei der Bremer Landesbank, die auf eine Zweigstelle der NordLB schrumpfte, zur Verfügung. Die Greensill Bank warb auf ihrer Internetseite mit allen Mitteln für ihr „nachhaltiges Geschäftsmodell“ mit einem „starken Fundament“. Bei den Einlegern, aber auch bei der Finanzaufsicht, war lange Zeit viel Naivität in der Bewertung dieses

Geldinstituts im Spiel. Um die Eigentumsverhältnisse, die Abhängigkeiten und die hoch riskanten Geschäftsfelder, denen die Bank zu dienen hatte, zu erkennen, hätte es allerdings gereicht, den Namensgeber der Bank bei einem Internet-Suchprogramm einzugeben: Lex Greensill, auf einer Farm in Australien aufgewachsener Unternehmensgründer, hat 2011 die Holdinggesellschaft Greensill Capital Pty Limited in Australien mit dem selbst kreierten Slogan gegründet und später mit viel an Selbstüberschätzung hinzugefügt: „von bescheidenden Anfängen zum revolutionären Denken“. Mittlerweile ist unübersehbar, die Greensill Capital Ltd, die in London ihren Hauptsitz hat, steht im Zentrum eines von Lex Greensill erschaffenen finanzoligarchischen Netzwerkes.

Das Mega-Wachstum der Greensill-Bank



Quelle: Geschäftsberichte • [Daten herunterladen](#) • Erstellt mit [Datawrapper](#)

Quelle: Christian Kirchner, Vom Untergang einer deutschen Bank. Das Greensill-Protokoll; in: finanzszene.de vom 18. März 2021

Die Knoten im finanzoligarchischen Netzwerk

Zu den **Knoten** in diesem internationalen Finanznetzwerk zählen die Finanzbeziehungen zu Großinvestoren wie den britisch-indischen Stahlmagnaten Sanjeev Gupta. Er ist in Deutschland durch den missglückten Versuch, mit seiner Gruppe Liberty Steel die Stahlsparte von ThyssenKrupp zu erwerben, bekannt geworden. Einen weiteren Knoten bildet der japanische Softbank-Konzern mit dem Finanzoligarchen Masayoshi Son, der vor allem an der Startfinanzierung von Greensill-Capital beteiligt war. Übrigens war er es auch, der den Absturz des Greensillschen Imperiums als einer der ersten erkannte und durch die Abschreibung seiner Beteiligungen bis schließlich auf Null forciert hat. Zum Netzwerk gehört auch Leon Black mit seiner Private-Equity-Gesellschaft APOLLO. Sie ist bereits Eigentümerin der auch in Bremen aktiven „Landesbank Oldenburg“. Mit Lex Greensill kommt als besonders zu pflegender Kunde auch die Credit Suisse ins Spiel. Sie leistete beim Management mit den „Supply Chain Fonds“, in dem die Forderungskäufe eingepackt wurden, Greensill Beistand und trägt daher auch Verantwortung für den Absturz. Zu diesem Geschäftsbereich gehört auch die Gama-Investment in Zürich, London und Dublin, die nach eigener Beschreibung als „unabhängige Asset Manager von Anleger zu Anleger“ agiert. Dieses Finanznetzwerk wird durch einen jungen Geschäftsbereich für Finanztechnologien (FinTech) ergänzt. Es handelt sich um Tamaz Georgadzes Plattform „Raisin“, die im Wettbewerb um Fest- und Tagesgeldanleger Angebote von Finanzinstituten verfügbar macht. Schließlich stellt sich die Frage, welche Rating-Institution für die Greensill Bank bei der Notenvergabe behilflich war. Nicht einer der „Big Four“ etwa wie Standard&Poor’s oder Moody’s, sondern die Berli-

ner Scope-Group wurde ausgewählt. Deren Urteile etwa zur Abhängigkeit der Geschäfte vom Mutterkonzern waren im Detail durchaus kritisch. Trotz eigener Vorbehalte reichte es immer wieder zur Investmentgrade durch die Note A- Kunden wie die Kommunen führen heute dieses Rating als Grund für die Wahl der Bank an.

Zu diesem Greensillschen Netzwerk gehörte auch die politische Lobbyarbeit und das Pflegen von Kontakten. Der in der Finanzwelt kompetente Aufsteiger aus Australien verstand es, vor allem im Land des Hauptsitzes seiner Greensill Capital-Gesellschaft, politische Beziehungen zu nutzen. David Cameron, der seit 2018 zum Berater gekürt wurde, und seine Geschäftsbeziehungen mit Prinz Charles dienten dem politischen Einfluss bis hin zu Entscheidungen über die Regulierung des Finanzsektors.

Bei der von Greensill 2013 gekauften NORDFINANZ, deren hanseatisch-ruhmreiche Geschichte durch zwei ehemalige Bremer Politiker in die Pleite getrieben wurde, handelt es sich nicht um eine normale Privatbank mit dem üblichen Ziel der Renditeerzielung. Sie wurde von Anfang an als Erfüllungsgehilfe seines Finanzimperiums geplant. Greensill selbst gab die Devise an die Bank heraus, als „Geld- und Garantiegeber“ für seine Mega-Finanzgeschäfte zu dienen. Dazu eignete sich der unauffällige Standort einer deutschen Bank in Bremen. Denn es war das Ziel, die ehrgeizigen deutschen Sparerinnen und Sparer durch die günstige Einlagensicherung zu locken. Die Greensill Bank hat mit ihrer Mitgliedschaft im Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken dafür geworben, das Geld zur Finanzierung der internationalen Mega-Geschäfte zu mobilisieren.

Das mehrfach verminte Geschäftsmodell der Greensill Bank

Wie konnte nach den Erfahrungen der Finanzmarktkrise von 2008/ 2009 und den verschärften Regulierungen diese Risikokumulierung bei der Greensill Bank im Sinne eines Frühwarnsystems nicht erkannt und gestoppt werden? Auskunft darüber gibt das dem Greensillschen Finanznetzwerk dienende Finanzierungsinstitut an der Weser.

Eine Kombination aus alten und neuen Risikogeschäften steht im Vordergrund: Das alte Risiko der Verpackung von Forderungen in handelbare Fonds lebt hier sattsam auf. Hinzukommt das neue Risiko aus der Anwendung digital basierter Finanztechnologien (*FinTech*) bei der Jagd nach Einlagen über Plattformen.

Geschäfte mit Krediten

Die Geschäfte mit Krediten (auf der *Aktivseite* der Bank-Bilanz) konzentrieren sich auf den Kauf von Forderungen zur Finanzierung von Lieferungen sowie die Kreditvergabe an Großinvestoren im Greensill-Netzwerk. Bei der Kreditvergabe im Rahmen des Factorings kauft die Bank gegen Gebühr die Rechnungen von Unternehmen auf, treibt die Forderungen ein und finanziert damit die Vorkasse. Dabei hat die Bremer Bank auch das risikoreichere Geschäft „Reserve Factoring“ betrieben. Hier beauftragt der Kunde die Bank, sofort die Rechnung zu bezahlen. Insgesamt gehen die mit den übernommenen Forderungen verbundenen Risiken in die Bilanz der Bremer Bank ein. Übrigens dient dieses Factoring auch dem Ziel, durch die Übernahme der Lieferantenforderungen Schuldenlasten der nutznießenden Unternehmen zu verschleiern.

Wie aber nutzt die Greensill Bank diese Forderungsübernahme aus dem Factoring profitabel? Hier kommt eines der größten Ärgernisse aus der Finanzmarktkrise 2008/2009 erneut ins Spiel. Die Forderungen aus Lieferketten werden zu handelbaren Wertpapieren in sog. Supply Chain Fonds verpackt. Dadurch lassen sich die Risiken der verpackten Einzelforderungen nicht mehr erkennen. Daher liegt die Bewertung dieser Pakete

bei den Rating-Agenturen. Gemessen an der Risikobündelung haben die Supply Chain Fonds von den viel zu positiven Noten der Rating-Agenturen profitiert. Zweifel an der Werthaltigkeit der Pakete verbreiteten sich ab Sommer 2020 bei den Fondspartnern der Greensill Bank. Hinzu kam die Entscheidung eines japanischen Versicherers, die Policen zum 1. März 2021 auslaufen zu lassen. Die wichtigsten Partner von Greensill Capital Ltd. sind im Februar / März 2021 aus der gemeinsamen Verwaltung dieser Fonds ausgestiegen. Zuerst hat die Credit Suisse, zu deren Topkunden Lex Greensill zählte, vier „Supply Chain Fonds“ im Umfang von 10 Mrd. US\$ aufgelöst. Wenige Tage später ist auch die Asset-Management Gruppe GAM in Zürich gefolgt. Die beiden strategisch wichtigen Entscheidungen haben harte Erschütterungen auf den internationalen Finanzmärkten ausgelöst und schließlich das schnelle Ende dieser Skandalbank beschleunigt.

Zum Geschäft der Bank gehört neben dem Factoring auch die direkte Vergabe von Krediten. Bekannt wurde, dass die Bremer Bank im Juli 2020 für die Greensill Capital Ltd in London eine Kreditlinie von über 110 Mio. Euro eingerichtet hat. Hier liegt der Verdacht eines Verstoßes gegen die Aufsichtsregeln nahe. Darüber hinaus wurde die Bank verpflichtet, auf Geheiß von Lex Greensill Kredite an Großinvestoren zu vergeben. Bereits im Vorfeld der Gründung der Bremer Bank hatte 2013 die BaFin am Beispiel des Großinvestoren Gupta von Liberty Steel Group auf das hier drohende Klumpenrisiko hingewiesen. Während die Greensill Bank den Eindruck vermittelte, ihre Kredite seien risikogerecht diversifiziert, sollen sich nach einem Bericht der „Financial Times“ zwei Drittel der Kredite auf die Gupta-Gruppe konzentrieren. Schließlich sei laut Aussage der BaFin gegenüber der Bremer Staatsanwaltschaft die Bank „nicht in der Lage, den Nachweis über die Existenz der bilanziellen Forderungen zu erbringen.“ Hinzugefügt wurde der Verdacht, dass Großforderungen etwa an Liberty Steel im Portfolio derart zerstückelt worden seien, dass das Klumpenrisiko nicht mehr erkennbar ist. Hier stellt sich die Frage nach der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die seit 2013 Jahr für Jahr dem Jahresabschluss das Testat verliehen hat. Deshalb hat die BaFin eine Klage gegen die renommierte Gesellschaft Ebner Stolz der Abschlussprüferaufsichtsstelle (APAS) beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle vorgelegt. Damit droht nach dem Versagen der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft EY (Ernst & Young) bei Wirecard ein neuer Fall schwerer Versäumnisse bei Testierung von Jahresbilanzen. Wer am Ende die Verantwortung für mögliche kriminelle Machenschaften trägt, wird durch die zuständigen Gerichte zu klären sein.

Geschäfte mit den Einlagen

Bei den Geschäften mit den Einlagen (auf der *Passivseite* der Bankbilanz) werden Gelder von Geschäfts-, Privat- und Sparkunden mit nur leicht günstigeren Zinsen gegenüber der Konkurrenz eingesammelt. Diese Geschäfte schaffen den Spielraum für die Kreditvergabe beispielweise an den Großkunden Sanjeev Gupta. Im Zuge der sich abzeichnenden Insolvenz sind die Gruppen von Anlegern dieser Spezialbank bekannt geworden. Zu den Gesamteinlagen von 3,6 Mrd. Euro haben die Sparerinnen und Sparer aus ihrem Geldvermögen über 1 Mrd. Euro über Deposit-Plattformen der Bremer Bank zur Verfügung gestellt. Zum anderen überraschen das Land Thüringen mit 50 Mio. Euro und über 50 Kommunen, die teils mit zweistelligen Millionensummen ihre vorübergehende Liquidität dort geparkt haben (etwa Osnabrück, Monheim, Gießen, Wiesbaden). Aber auch Anstalten der ARD (NDR, SR, SWR) waren Stammkunden der Bank.

Im Unterschied zu maßgeschneiderten Produkten bedient sich die Bank beim massenhaften Retailgeschäft einer Innovation aus der neuen Welt der Finanztechnologien

(FinTech). Während traditionell für die Einlagen gezielt die Banken im persönlichen Kundengeschäft zuständig sind, werden heute Angebote für Tages- und Festgeld zum Vergleich der Angebote verschiedener Bankhäuser auf Deposit-Plattformen angeboten. Geworben wird für diese Plattformen mit vertrauensvoll wirkenden Etikettierungen im Rahmen der von Greensill Bank versprochenen „fair finance“. Dazu gehört der „Zinspilot“ der Hamburger Firma „Deposit Solution“. Über die Plattform „Weltsparen“ der Raisin Bank AG, mit dessen Eigentümer Greensill verbandelt war, wurden massenhaft Einlagen nach Bremen gelenkt. Mittlerweile gibt es viel Kritik an diesen Plattformen. So wird eine Bank, die auf der Plattform firmiert, von den Kunden erst einmal als seriös und sicher wahrgenommen. Allerdings tummeln sich auf diesen Plattformen auch wenig renommierte und dubiose Institute herum. Die Ratings der anbietenden Institute sind teils nicht bekannt und teilweise auch nicht plausibel. Dazu das Beispiel Greensill Bank: Der Kunde, der nach dem Rating der Bank suchte, fand eine durch die Scope Group vergebene Note, die auf das Krisenpotenzial nicht schließen ließ (siehe oben). Die zentrale Lehre aus der Finanzmarktkrise lässt sich nur wiederholen: Rating-Agenturen müssen regulatorisch zu unabhängigen Bewertungen unter Erfassung der Gesamtrisiken des Systems verpflichtet werden.

Schließlich hat die Bank im Wettbewerb um Einlagekunden heute durchaus weitsichtig mit der Absicherung gegen den Absturz bei den Einlagenkunden geworden. Sollte es zum Absturz kommen, dann sind die Einlagen gesetzlich ohnehin bis 100.000 Euro pro Person gesichert. Hinzu kommt der Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes der deutschen Banken für Privatbanken, den Helmut Schmidt nach der Herstatt-Pleite von 1974 erzwungen hat. Um keinen Zweifel aufkommen zu lassen, hat die Bank auf ihrer Internetseite mit ihrer Mitgliedschaft im subsidiär eingesetzten Einlagensicherungsfonds der Privatbanken geworben. Deshalb hat die große Masse der Privatkunden nicht mit Verlusten zu rechnen. Von der Gesamtsumme der Einlagen mit 3,6 Mrd. Euro werden die durch die gesetzliche und bankenfinanzierte Sicherung geschützten Einlagen auf 3,1 Mrd. Euro geschätzt. Diese geschützten Einlagen sind auch der Grund dafür, dass die Pleite der Bank in Bremen im Unterschied zum Aufstand im Kassenraum der Herstatt-Bank in Köln 1974 durch die Einleger ziemlich geräuschlos angenommen worden ist.

Während die privaten Kunden mit dem Anspruch auf die Einlagensicherung ihre Anlageentscheidung gewissermaßen sorglos treffen konnten, sieht es bei den institutionellen Anlegern wie dem Bund, den Ländern und den Kommunen anders aus. Seit Oktober 2017 werden deren Einlagen im Prinzip nicht mehr durch den Sicherheitsfonds der Privatbanken geschützt. Insidern zufolge steht diese Kundengruppe mit rund 500 Mio. Euro im Feuer. Allein das Land Thüringen ist durch die Insolvenz gezwungen, über 50 Mio. Euro abzuschreiben. Über 50 Kommunen sollen bei der Bremer Bank investiert haben (siehe Schaubild zu den von der Insolvenz betroffenen Kommunen). Rückblickend stellt sich die Frage, warum beispielsweise die betroffenen Stadtkämmerer die 2017 erfolgte Abschaffung der Sicherung ihrer Termineinlagen nicht berücksichtigt haben. Immerhin ist über die Änderung im Jahr 2017 breit in den Medien intensiv berichtet worden. In der Fachzeitschrift „Der neue Kämmerer“ erschien 2018 ein umfassender Artikel zur massiv reduzierten Ausfallsicherung. Selbst die Greensill Bank hat diese Besonderheit des Ausfallrisikos mitgeteilt. Selbst als seit dem Sommer 2020 über schwere Fehlentwicklungen und die drohende Insolvenz der Greensill Bank berichtet wurde, haben die für die kommunalen Finanzen Verantwortlichen noch Kassenüberschüsse bei dieser Bank geparkt. Durch einen Klick im Internet-Suchprogramm wären die Informationen zugänglich gewesen. Da taugt auch der Verweis auf den Rat der externen Finanzberater nicht als Ausrede.

Die Frage bleibt, was trieb die Sparerinnen und Sparer an, über den Wettbewerb von Angeboten durch Finanzdienstleister auf Plattformen bei der Greensill Bank zu landen? Diese Bank hat es geschafft, den Frust über Null- bzw. Minuszinsen auf Einlagen auszunutzen. Sparanlagen bis zu einem Jahr wurden mit 0,25% bis 0,5% verzinst. Im Zweifelsfall reichten auch Nullprozent aus. Entscheidend war das Motiv, den von vielen Banken bereits verlangten Minuszinsen durch die Vorgabe von 0,5% bei der Europäischen Zentralbank zu entkommen. Allerdings musste sich die sprichwörtliche Gier der Anleger unter dem Regime der Null- und Minuszinsen mit vergleichsweise niedrigen Zinssätzen zufriedengeben. Aber auch in diesem Fall hätte die Antwort auf die Frage, warum diese Bank diese marginalen Zinsvorteile gegenüber den anderen Finanzinstituten bieten konnte, zu der wichtigen Erkenntnis führen können: Mehr Zinsen, mehr Risiko und zwar bis hin zum Zusammenbruch der Bank.

Kontrollierte Finanzmarktregulierung bleibt Daueraufgabe

Die Aufklärung über das Geschäftsmodell der Greensill Bank zeigt: Über intransparente FinTech-Plattformen sind Anleger bis hin zu den Kleinsparern dafür eingespannt worden, ihr Geld an die Greensillsche Muttergesellschaft zur Finanzierung ihrer Großinvestoren und der Fonds mit verpackten Factoring-Forderungen einzusetzen. Dieses dubiose Geschäftsmodell einer Bank, die nur als Erfüllungsgehilfe eines internationale Netzwerks von skrupellosen Finanzoligarchen mit dem Zentralknoten Lex Greensill dient, ist gescheitert. Die unten zusammengefasste Rolle der BaFin gibt Hinweise, warum die Geschäfte unterhalb des Radars der Aufsicht auch wegen unzureichender Regulierungen viele Jahre ohne Widerspruch getätigt werden konnten (siehe: „Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht – BaFin: Für den Greensill Bank-Skandal nicht allein verantwortlich“).

Die Pleite hat in der Finanzwelt große Erschütterungen ausgelöst. Trotz des riesigen Rads, das diese Bank gedreht hat, reicht ihre Relevanz nicht aus, über Dominoeffekte eine systemische Finanzmarktkrise mit Kollateralschäden für die Gesamtwirtschaft auszulösen. Dennoch, alle Beteiligten zählen mehr oder weniger zu den Verlierern. Sparerinnen und Sparer, die mit einem blauen Auge davongekommen sind, wälzen die Kosten auf die staatliche sowie privatwirtschaftlich bankenbezogene Einlagensicherung ab. Beispielsweise werden die Deutsche Bank und die Commerzbank für die Zahlungen aus dem Einlagensicherungsfonds Finanzmittel nachschießen müssen. Dort, wo es mangels Einlagensicherung zum Ausfall von Festgeldern bei den Kommunen kommt, sind Belastungen der öffentlichen Haushalte vorprogrammiert. Aber auch die Arbeitsplätze etwa bei der Liberty Steel Group im Eigentum von Großinvestor Gupta werden indirekt durch die unseriöse Finanzierung seiner Geschäfte bedroht. Gut so, dass durch die Verhinderung der Übernahme der ThyssenKrupp-Stahlsparte den Beschäftigten der Absturz der Kredite gebenden Greensill Bank erspart werden konnte. Schließlich zählen die 140 Beschäftigten bei der Bank an der Weser zu den Verlierern.

Den größten Schaden erzeugt eine erneute Vertrauenskrise gegenüber dem Bankensystem. Der Bankenskandal, der sich unter dem Radar der Regulierungen und deren Kontrolle durch die Aufsichtsbehörden vollziehen konnte, ist ein politisches Ärgernis mit Folgen. Sicherlich hat die BaFin zu spät reagiert. Auch wurde ihre unzureichende Ausstattung mit sachkundigen Wirtschaftsprüfern im eigenen Hause zum Problem. Schließlich konnte die Finanzaufsicht während des Prüfverfahrens keine Informationen an die Anleger weitergeben. Erst ein Whistleblowing hat das Verfahren, innerhalb dessen sich die Verantwortlichen der Greensill Bank wenig kooperativ zeigten, beschleunigt. Auch der Prüfverband der privaten Banken hat beispielsweise durch die Rücknahme von früher erteilten Auflagen gegenüber der Greensill Bank versagt. Alle Verantwortlichen für

den Aufstieg, vor allem aber für den nicht verhinderten Fall des Greensill-Finanzkonglomerats müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Die wichtigsten alten und neuen Forderungen sind: wirksame Kontrolle der Großkreditvergabe und der Forderungsverpackung, Stärkung der unabhängigen Wirtschaftsprüfung und der Rating-Agenturen durch die Entkoppelung von Beauftragung und Bezahlung sowie der Abbau der Intransparenz der FinTech Plattformenökonomie.

Von der Greensill Insolvenz betroffene Kommunen

Bankenplätze

Greensill Insolvenz

Betroffene Kommunen in Deutschland
nach Investment in Mio. Euro

Öffentlicher Träger	Bundesland	Investment in Mio. Euro
Land Thüringen		50,0
Monheim	Nordrhein -Westfalen	38,0
Eschborn	Hessen	35,0
Wiesbaden	Hessen	20,0
Schwalbach	Hessen	19,0
Amst Mitteldithmarischen	Schleswig-Holstein	17,0
Weissach	Baden -Württemberg	16,0
Bühnen der Stadt Köln	Nordrhein -Westfalen	15,0
Osnabrück	Niedersachsen	14,0
Nordenham	Niedersachsen	13,5
Bötzingen	Baden -Württemberg	13,2
Gießen	Hessen	10,0
Garbsen	Niedersachsen	8,5
Diez	Rheinland-Pfalz	7,0
Emmerich	Nordrhein -Westfalen	6,0
Vatersteden	Bayern	5,5
Erzgebirgskreis	Sachsen	5,0
Neckarsulm	Baden -Württemberg	5,0
Pöcking	Bayern	5,0
Friedrichshafen	Baden -Württemberg	3,0
Hüfingen	Baden -Württemberg	3,0
Mengen	Baden -Württemberg	3,0
Sachsenheim	Baden -Württemberg	3,0
Wahlstedt	Schleswig-Holstein	3,0
Bad Dürkheim	Baden -Württemberg	2,0
Eichsfeldkreis	Thüringen	2,0
Pirmasens-Land	Rheinland-Pfalz	2,0
Puchheim	Bayern	2,0
Denkendorf	Bayern	1,0
Schauenburg	Hessen	1,0
Brotterode-Ilrusetal	Thüringen	0,5

Fast 330 Mio. Euro Verluste drohen den gut 30 öffentlichen Trägern, deren Investments bei Greensill bereits bekannt sind. Insgesamt sollen rund 40 Kommunen bei der Bank investiert haben.

HANDELSBLATT-GRAFIK

Quelle: Unternehmensan

Quelle: Handelsblatt vom 17.03.2021, S. 5